

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 25 Goldpfennig
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adenstraße 16
Fernsprecher Nr. 8300 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzustellungsliste

Betrachtungen über den Verbandstag

F. K. Der Mensch liebt, um den Wert oder Unwert einer Sache besser ermessen zu können, Vergleiche anzustellen. Dieser Neigung folgend, haben viele Teilnehmer am Kasseler Verbandstag diesen mit seinem Vorgänger, mit dem von Jena verglichen. Das Urteil fiel durch die Bank nicht zugunsten des ersten aus. Wen könnte das wundernehmen? In Jena glückte neben manchem andern Fortschritt der heisse Wunsch, die beiden stärksten Richtungen des Verbandes, die mehrheitssozialistische und die unabhängige, zu vereinen. Diese Einigung war eine arbeitergeschichtliche Tat von bedeutender Größe, zumal sie schneller und nachhaltiger, als man zu Jena voraussetzen konnte, in der politischen Bewegung mächtig weiterwirkte und hier zur Einigung beitrug. Dann nährte manches die Hoffnung, mit der kommunistischen Fraktion über kurz oder lang gleichfalls in ein freundlicheres Verhältnis zu kommen. Diese mannigfachen glücklichen Umstände halten die Kasseler Tagung in gutem Gedanken und sichern ihr ein günstiges Urteil. Und eine andere müßte, um als ihr gleichwertig betrachtet zu werden, schon außerordentlich Großes vollbringen.

Das außerordentlich Große des Kasseler Verbandstages hätte in der Einigung mit der kommunistischen Kollegenschaft bestehen können. Eine solche Einigung ist sicherlich von der Mehrheit des Verbandstages, bestimmt aber von der Amsterdamer Richtung heiß gewünscht worden. Das wird schon dadurch bestätigt, daß sie, die Amsterdamer Richtung, vor Beginn der Tagung beschlossen hatte, der kommunistischen Fraktion eine ihrer Zahl entsprechende Vertretung in der Zeitung und allen Kommissionen des Verbandstages zu gewähren. Dies in der Erfüllung des wichtigsten demokratischen Grundsatzes, die Rechte der Minderheit zu beachten. Als Gleichklang zu diesem Beschluß kamen von den Rednern der Amsterdamer Richtung zahllose eindringliche Mahnungen zur Verständigung, zur Einigung. Jener Beschluß wie diese Mahnungen entsprangen dem Bewußtsein, daß ohne völlige innere Geschlossenheit von einer vollen Machtentfaltung der Metallarbeiterschaft nach außen schlechterdings nicht gesprochen werden kann. Eine Selbstverständlichkeit, die auf kommunistischer Seite gleichfalls Gemeingut ist. Dessenungeachtet war die Mühe umsonst.

Freilich war die Tagesordnung des Verbandstages für die Klärung der Meinungsverschiedenheiten oder dem Näherbringen der habenden Klassengenossen auch nicht so günstig, als sie es hätte sein können. Den breiten Raum der Verhandlungen nahmen die Tätigkeitsberichte ein, das ist Beschäftigung mit der Vergangenheit. Diese ist an sich gewiß recht notwendig, aber nicht in diesem Ausmaß, weil erfahrungsgemäß dabei beängstigend wenig für die gemeinsame Sache herauspringt. Zweimal drei Redner mit längerer und langer Redezeit nebst einer Reihe Redner mit zehn Minuten Redezeit sprachen zu den Berichten. Gegen solch großen Zeitaufwand für die Erörterung von Vergangenem wäre vielleicht weniger zu sagen, wenn er nicht auf dem Kongreß der größten Gewerkschaft der Welt oder an einem gerühmten Welttag geschähe. Er geschieht aber in einer heillosen bewegten Zeit, die der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen wie der größten Gewerkschaft im besonderen eine steigende Zahl überaus wichtiger Probleme zur Lösung stellt. Die teuren Kongreßtage hätten, so möchte man meinen, fruchtbringender verwendet werden können. So zum Beispiel mit der Untersuchung, welche Kampfmittel der Gewerkschaft noch neben dem Streik zur Verfügung stehen, oder ob das große Problem der Gewerkschaftsbewegung nicht noch von einer andern als von der Lohnseite in Angriff genommen werden kann. Kurz, die kostbare Zeit des Kongresses der größten Gewerkschaft hätte ausdrücklich und eingehend der Frage der Beherrschung der Kampfmittel und ihrer vollständigen Anwendung gewidmet sein müssen. Die Beschäftigung mit dem großen Problem der Gegenwart und Zukunft hätte, so kann man getrost annehmen, mehr Nutzen gestiftet als die sehr ausgedehnte Aussprache über die Vergangenheit.

Ohne Zweifel ist, wie schon erwähnt, die Besprechung oder Kritik von Vergangenem notwendig, zuweilen selbst recht ersprießlich, denn es kann dabei, wie es in Kassel der Fall war, manch treffliches Wort gesagt werden. Aber es läßt sich dabei auch sehr leicht unendlich viel ohne jeden geistigen Aufwand reden. Denn im Grunde gleicht die Rede von hüten wie von brühen mehr einem Vortrag von Verhaltensmaßregeln — für die andere Seite, die diese Regeln nicht beobachtet habe und künftig nun aber beobachten müsse. Das hinaus weder viel Vorteil spricht, noch die Meinungsverschiedenheiten zu glätten oder die Getrennten zusammenzuführen sind, liegt auf der Hand. Anders indes, wenn die Zukunft mit ihren Problemen und Anforderungen an die Gewerkschaft zur unmittelbaren Verhandlung steht. Dabei ist mit kritischer

Lauge nicht getan. Hier ist die Klugheit, schöpferische Kraft, Gedankenfülle, wirtschaftspolitische Kenntnis und praktische gewerkschaftliche Erfahrung zu beweisen. Da ist auch der Kritiker gehalten, darzulegen, welches seine bessere Politik, seine überlegeneren Kampfmittel, sein kürzerer Weg zum Ziele ist. Wie immer eine solche Auseinandersetzung enden mag, sie kann nur von hohem Nutzen für alle Seiten sein. Indes, eine zwingende Gelegenheit zum klaren Bekenntnis der beiderseitigen Auffassung der Gewerkschaftspolitik und -taktik, zur Messung der Geister bot die Kasseler Tagesordnung nicht. So konnte es nicht dazu kommen, regeltrecht zu prüfen, auf welcher Seite die Überlegenheit an neuen Gedanken, Erfahrung und Willen ist.

Mit diesen Betrachtungen soll und kann selbstverständlich weder die Arbeit des Verbandstages noch ihr Ertrag verkleinert werden. Die eine wie der andere sind bedeutsam genug. Die manns eingehende Darlegung der zweijährigen Tätigkeit des Vorstandes, seiner Beweggründe und seiner berghohen Schwierigkeiten hat offenbar dämpfend auf manches Delegierten Kritikluft gewirkt. Wenigstens konnte man nach verschiedenen Anträgen und anderen Gefühlsäußerungen gewichtigere Beanstandungen, als es gegeben, erwarten. Das nämlich läßt sich, und das in noch höherem Maße, zum Bericht der Schriftleitung unserer Zeitungen sagen. Hierzu lagen nicht weniger als zwei Duzend recht vorwurfsvoll gehaltene Anträge vor. Ihre Berechtigung irgendwie zu beweisen, ist von den oppositionellen Rednern nicht einmal versucht worden. Doch soll damit nicht gemeint sein, daß dem Meinungsaustausch in Kassel die Leidenschaftlichkeit gefehlt hätte. Bewahre. Wenn es anders wäre, es müßte ein helles Wunder genannt werden. Überall, wo um Großes gewürfelt wird, geht es laut und leidenschaftlich zu. Indessen hat die Verschiedenheit der Auffassung nie das Zusammenwirken gehindert, wenn Lebensnotwendigkeiten der Organisation in Frage kamen. So beispielsweise bei der Neuregelung des Beitragswesens und bei der Vergrößerung unserer durch die Geldentwertung arg verkleinerten Zeitungen. Bei der Stärkung unserer Finanzkraft wie unserer Werbe- und Aufklärungsmittel hat die volle Einmütigkeit nicht gemangelt. Wenn immer es sich um die Aufrüstung gegen den gemeinsamen Feind handelte, gab es von rechts bis links nur einen Gedanken, nur einen Willen.

Eine Milderung des Meinungsgegenjages glaubten wir in Sachen der Internationale zu sehen. Als der internationale Metallarbeiterkongreß in Wien behandelt wurde, behauptete der kommunistische Kollege Höllein, das Verlagen der Eisernen Internationale beim Ruhreindbruch und einigen andern Anlässen sei auf die Unwilligkeit der Amsterdamer Führerschaft zurückzuführen. Dessen Jertum zu berichtigen, ist, so glauben wir, unsern internationalen Sekretär Kollegen Lig (Bern) in seiner von gründlicher Sachkenntnis und Sachlichkeit getragenen Rede gut gelungen. Gegen seinen Nachweis, daß alle Glieder der Internationale durch Krise und Arbeitslosigkeit viel zu sehr geschwächt seien, um eine einigermaßen aussichtsreiche Aktion gegen den französischen Imperialismus zu wagen, ließ sich schließlich etwas Stichtaliges anführen. Die Vorführung der Wirklichkeiten unserer Bruderverbände im Auslande ließ manchen beabsichtigten Vorwurf unausgesprochen und förderte die gute Meinung von der Eisernen Internationale. Die oberste Vorbedingung für deren Gedeihen oder Aktionsmöglichkeit ist das Gedeihen und die Kraftsteigerung der einzelnen nationalen Organisationen. Die schwerste Kette ist nicht stärker als ihr schwächstes Glied. Daß jene Vorbedingung auch in Deutschland noch unerfüllt ist, wurde in Kassel dusehendmal ausgesprochen und dargelegt. Allerdings auch gleich vom klagenen Worte zur besseren Tat übergegangen, indem die Veranstaltung einer Werbeweche zur Mehrung der Kampfkraft und der Stärkung unseres geistigen, seelischen und organisatorischen Rüstzeuges einhellig beschlossen wurde.

Als nach den sechs arbeitsreichen, von stürmischen, aber auch erhebenden Zwischenfällen so reichen Tagen der Vorsitzende Kollege Reichel zur Schlußrede anhub, verstärkte sich wohl bei jedem Teilnehmer das erhebende Gefühl, eine überaus bedeutungsvolle Tagung erlebt zu haben. Und je weiter Reichel ihre Ergebnisse schilderte, je mehr er das hohe Ziel unserer Organisation betonte, je nachdrücklicher er die höchste Voraussetzung des Gelingens unserer Bestrebungen und Kämpfe, die proletarische Einigkeit pries, desto vernehmlicher glaubte man den gemeinsamen Beschluß des Kongresses zu hören. Und als er schließlich zu einem Hoch auf den Schutz und Schirm der Metallarbeiter, auf unsern Verband aufrief, stimmten fünfhundert Stimmen in gleicher Begeisterung ein. Den überwältigenden Eindruck dieses Augenblickes weiterzutragen, den Geist, der ihn entsandte, in jedem Ort, in jeder Werkstatt eifrig zu pflegen und zu betätigen, das hat sich, wie man wohl annehmen darf, jeder der Teilnehmer als seinen Voratz von Kassel mitgenommen.

Der 16. Verbandstag in Kassel

Der zweite Verhandlungstag

brachte in der Vormittags Sitzung zunächst ein einstündiges Referat von Brandes über

die sozialpolitischen Aufgaben der Gewerkschaften.

Der Redner legte dar, daß die wirtschaftlichen und sozialen Räte eigentlich einen Ausbau der Sozialpolitik bedingten, daß aber in Deutschland zurzeit das Gegenteil geschehe. Nach dem Ausschlag der sozialpolitischen Gesetzgebung gegen Ende des Krieges und insbesondere nach der Revolution habe mit erstarkender Reaktion ein Ansturm der Unternehmer gegen die Sozialpolitik eingesetzt, der leider unterstützt werde von bürgerlichen Sozialreformern, wie insbesondere Professor Hertner. Es macht sich ein neues Manchestertum breit, das jegliche Bindung für die Wirtschaft ablehne. Selbst der bisherige Schutz für die jugendlichen und weiblichen Arbeitskräfte wird als über betrachtet. Die ganzen Vorarbeiten für einen Ausbau der Sozialpolitik und des Arbeiterrechts sind zum Stillstand gekommen. Jedes Mittel und Wohlwollen in dieser Frage lehnt die Arbeiterschaft entschieden ab, sie verlangt lediglich ihr Recht in der Erkenntnis, daß durch einen Ausbau der Sozialpolitik die Produktion nicht etwa vermindert, sondern im Gegenteil gefördert wird. Die Arbeiter verlangen dies Recht, weil die menschliche Arbeitskraft die wertvollste Substanz ist. Wir protestieren gegen jede Verlängerung der Arbeitszeit und verlangen stattdessen die Förderung der Produktion: Verbesserung der Arbeitsmethoden, Ausnutzung der technischen Fortschritte. Wenn wir heute eine Reichsregierung haben, die gebildet aus bürgerlichen Parteien, bereit ist, die Forderungen der sozialen Reaktion zu erfüllen, wenn das Arbeitsministerium heute vielmehr ein Ministerium für die Unternehmer ist, deren Interessen vertritt, so ist schuld an diesen Zuständen nicht zuletzt die Arbeiterklasse selbst. Wenn die Arbeiterklasse bei den Neuwahlen zum Reichstag ihre Pflicht erfüllt, dann wird sie auch die Bahn frei gemacht haben für eine umfassende Sozialpolitik. (Sehr lebhaft Beifall.)

Der Redner legt eine Entschliebung des Vorstandes vor, die nach einer Kennzeichnung des Widerstandes der Reaktion gegen die Sozialpolitik auffordert, bei den kommenden Reichstagswahlen für die

Beseitigung der bürgerlichen, arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Mehrheit

des Reichstages zu sorgen. In der Entschliebung heißt es am Schluß: Der Verbandstag fordert den planmäßigen Ausbau der sozialen Gesetze in erster Linie zur Verhinderung des Raubbaus an der Arbeitskraft, dieser wichtigsten Substanz aller Wirtschaft, durch welche erst alle andern Arbeitskräfte zu Faktoren der Wirtschaft werden.

Der Verbandstag hält deshalb unverzüglich am nächsten Tag, dieser für die Kultur und die Arbeiterklasse wertvollsten Erhaltung und Wiedergewinnung Erfolg versprechenden Mittel anzuwenden. Er fordert die Schaffung des in der Verfassung ausgelegten einheitlichen Arbeitsrechts. Zu dessen Erreichung verpflichtet der Verbandstag alle Mitglieder, in systematischer Zusammenarbeit die Gewerkschaften zu einem jede Reaktion vernichtenden Nachsatz zu gestalten.

Darauf erstattete Kollege Kummer den

Bericht der Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung.

Er ersucht die Delegierten, bei ihrer Beurteilung der Tätigkeit der Redaktion nicht zu vergessen, daß die beiden Redakteure auf dem Kasseler Verbandstag auf bestimmte Richtlinien hin von einer Mehrheit mit einer bestimmten politischen, gewerkschaftlichen Anschauung gewählt worden seien. Auch habe die Metallarbeiter-Zeitung, solange die Eisernen Internationale kein eigenes Blatt besitze, die Aufgabe, die internationalen Beziehungen zu pflegen. Es sei das Bestreben der Redaktion gewesen, das Blatt zu einem getreuen Spiegelbild der geistigen Strömungen der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu machen. Diese Aufgabe sei außer Acht gelassen worden durch die Einschränkung des Umfangs der Zeitung. Die Schriftleitung hat sich im Vorstand mit größter Entschiedenheit gegen die Einschränkung gewendet, besonders weil gerade jetzt die aufklärerische Arbeit der Gewerkschaftspresse am allerwichtigsten ist. (Sehr richtig!) Wir sind der Meinung, daß viele von den Klagen und der Verwirrung, die wir heute in der Gewerkschaftsbewegung beklagen, darauf zurückzuführen sind, daß die Aufklärung in der Presse nicht so wirksam sein konnte, wie es notwendig gewesen wäre. (Sehr richtig!) Der Verbandstag sollte nicht ausbleiben, ohne zu beschließen, daß die Verbandszeitung mindestens wieder vierteljährig erscheint. Im Übrigen ist die Metallarbeiter-Zeitung in der Verlagszeit, wie allgemein gelagt wird, besser geworden, sie wird viel mehr gelesen und fleißig nachgebrudelt. Die vorliegenden Anträge erwecken freilich den Eindruck, als ob eine große Missstimmung innerhalb des Verbandes über die Metallarbeiter-Zeitung herrsche. Auffallend ist, daß eine Reihe von Anträgen von verschiedenen Verwaltungstellen fast gleich lauten — offenbar ein Zeichen von dem einheitlichen Geist in diesen Verwaltungstellen. (Beifall.) Einige dieser Verwaltungstellen haben ihren Geist noch besonders walten lassen und haben dort, wo in dem ihnen zugewiesenen Antrag von „einseitiger Schreibweise“ die Rede war, statt dessen geschrieben: „hegerische“ Schreibweise und ähnliches. Dazu gehörte offenbar zunächst viel G. (Beifall.) Die, die für diese Anträge verantwortlich zu machen sind, haben sicher die Metallarbeiter-Zeitung nie gelesen oder es müßten Säuglinge im Metallarbeiter-Verband sein. (Beifall und sehr gut!) Ich erwarte den Klapp und klaren Nachweis, nicht bloß allgemeine Redensarten, wo eine „hegerische“, „unflätige“ Schreibweise in der WZ ist, dann werde ich an anderen Zeitungen zeigen, was wirklich hegerische Schreibweise ist. (Sehr gut!) Von der kommunistischen Richtung liegt eine Resolution vor, die „geistig“ auf der Höhe dieser Anträge liegt. Wenn

Laut Beschluss des Verbandstages ist vom 23. bis 29. März unsere Werkwoche.

Jedes Mitglied hat dem Verbandsverbande mindestens ein neues Mitglied zuzuführen!

Und jeder seine Pflicht!

darin z. B. behauptet wird, daß Einsendungen von Kommunisten...

Die Demokratie heißt die Handen, die sie schlägt, während...

(Sehr gut!) Ich muß es als Schriftsteller erschließen, die...

Die Metallarbeiter-Zeitung soll wie in den letzten Jahren so...

Die allgemeine Haltung der Metallarbeiter-Zeitung fußt auf der...

In der allgemeinen Ansprache

enthält nun als erster Redner der kommunistischen Fraktion mit ein-

Schumann (Metzberg): Kollege Dilmann hat dargelegt...

Behandlung verhafteter Arbeiter ist heute schlimmer als unter...

Sieht werden verhaftete Arbeiter sogar geschlagen! (Zuruf: Und in Russland?)...

Wodurch sind wir auf diesen Stand gekommen? Dilmann hat...

Der Redner geht auf den Berliner Streik ein. In Berlin ist es...

Was die Zeitung Neues bringt

Von Dipl.-Ing. K. Fregg (Korrek. verb.) Das wichtigste Telefon in jedem Heim...

Die großartige Entwicklung der drahtlosen Telephonie, nicht allein die außerordentliche Vereinfachung...

sondern zu kämpfen bis zum Letzten, selbst auf die Gefahr einer Niederlage. (Bravo! bei den Kommunisten.)...

Nachmittagsitzung

werden zunächst Begrüßungsansprachen einiger Inzwischen noch eingetroffenen Gäste entgegengenommen.

Kampfes um den Achtstundentag in Deutschland

für die Erhaltung des Achtstundentages auch in Frankreich. Leider gebe es in Frankreich noch gewaltigste gekrümmte Arbeiter...

Hieraus hält der Sekretär des Internationalen Metallarbeiterbundes, Kollege Jig (Bern), eine längere Rede.

Genosse Graßmann vom ADB: Der Bundesvorstand verfolgt Ihre Tagung mit großen Hoffnungen...

Für die Fraktion der Unabhängigen spricht Himmelfahrt (Berlin), der zunächst mehr politische Ausführungen...

Genosse Schmidt vom ADB: Die Fraktion der ADB hat die Fraktionen Schumanns...

und auch die Spektrallinien in geschmähter Weise ändern.

Die Spektrallinien in geschmähter Weise ändern. Diese Erscheinung erklärt sich dadurch, daß die Schwingungen der Elektronen...

Durch den Bau von Hochspannungapparaten, die mehrere Kilovolt bei Spannungen von über 1 Million Volt zu liefern imstande sind...

umgestaltet würden. Können die jetzigen Führer ihre bisherige Politik nicht umstellen...

(Sehr gut!) Wir haben genug Verhandlungspunkte mit den Parteien, es besteht auch eine gewisse Personalunion...

Aufgaben der politischen Partei mit denen der Gewerkschaften verwechselt.

(Sehr gut!) Wir haben genug Verhandlungspunkte mit den Parteien, es besteht auch eine gewisse Personalunion...

in die Gewerkschaften den Zerlegungsstoff hineinzufragen.

meil sie die Gewerkschaften zur Kompletierung ihrer Partei gebrauchen. (Sehr wahr!) Die Gewerkschaftspolitik der Kommunisten...

Der dritte Verhandlungstag

beginnt mit dem Bericht der Mandatprüfungskommission. Der Bericht der Mandatprüfungskommission...

Mandatprüfungskommission und Generalversammlung stellen auf Grund der Wahlproteste fest, daß bei den Wahlen...

Der Berichterstatter Paulfers (Magdeburg) begründet diese Entschiedenheit sehr eingehend unter Anführung von vielen einzelnen Beispielen...

In der nun anhebenden Besprechung des Berichts behauptet Kölllein (Berlin), der als Vertreter der ADB-Fraktion...

und auch die Spektrallinien in geschmähter Weise ändern. Diese Erscheinung erklärt sich dadurch, daß die Schwingungen der Elektronen...

Durch den Bau von Hochspannungapparaten, die mehrere Kilovolt bei Spannungen von über 1 Million Volt zu liefern imstande sind...

heit, daß in der SPD-Presse, zum größten Teil inspiriert von angesehenen Delegierten, die schlimmsten Beschimpfungen der Kommunisten veröffentlicht worden seien. Wenn der Berichterstatter auch einen Fall angeführt habe, wo Kommunisten einen Vertreter der SPD blutig geschlagen haben, so stelle er fest, daß seine Freunde das aufs tiefste bedauern, sie würden das mit allen Mitteln einzudämmen suchen. Wenn in vielen der Flugblätter von 1000 Zuschlägen die Rede sei, so sei Tatsache, daß in Berlin allein über 200 Zuschlaganträge gegen Kommunisten gestellt seien. (Zuruf: Aber nicht vollzogen!) Die Menge der Zuschlaganträge beweist, daß man viele Kollegen wirklich herauswerfen wollte. (Sehr richtig!)

Händke (Berlin) erklärt für die drei kommunistischen Mitglieder der Mandatsprüfungskommission, sie hätten gegen die Resolution der Kommission gestimmt, weil sie eine Aufforderung an Vorstand underrat zur Verschärfung des bestehenden Wahlreglements enthalte, wodurch die freie Meinungsäußerung in Gefahr sei. (Widerpruch.)

Häsel (Berlin) hebt hervor, daß die Kommission auf Grund der vorgelegten Verträge verpflichtet gewesen wäre, die betreffenden Mandate zu kassieren. Er beantragt, mindestens die Berliner Mandate für ungültig zu erklären. (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit. Große Unruhe bei den Kommunisten.)

Händke (Vorstand) legt dar, daß der Vorstand Wert darauf lege, daß die höchste Stelle des Verbandes selbst zu dieser geschäftigen Kampfesweise, wie sie sich bei den Wahlen gezeigt habe, Stellung nehme, um sie für die Zukunft unmöglich zu machen.

Nach weiteren Ausführungen von **Kraus** (Stuttgart), der scharfe Angriffe gegen die Stuttgarter Bezirksleitung richtet, wird die Debatte geschlossen. Der Antrag Häsel wird zurückgezogen, der Antrag der Kommission dagegen mit großer Mehrheit angenommen.

Nach einem kurzen Bericht der Rechnungs-Kommission über die Finanzen schließt die Sitzung um 3 Uhr. Darauf vereinigen sich die Delegierten zu einem Ausflug nach Wilhelmshöhe.

Der vierte Verhandlungstag

Am Donnerstag wird die Aussprache über die Geschäftsberichte fortgesetzt. Es kommt nun die zweite Rednergarnitur zum Wort. Für die Kölner Richtung spricht **Sider** (Stuttgart), für die Amsterdamer **Mez** (Frankfurt).

Sider: Die Entrechtung der Arbeiterklasse ist teilweise mit Hilfe von Arbeiterorganisationen zustande gekommen. Nachdem die republikanischen Organe der Arbeiterklasse mundtot gemacht waren, kam dann das Arbeitszeitgesetz. Der ADGB hat nicht rechtzeitig Abwehrmaßnahmen getroffen, er hat seine Pflicht nicht erfüllt, und ebensowenig der Vorstand des DGB und die ihm unterstellten Organe. Der Redner richtet im weiteren scharfe Angriffe gegen die Bezirksleitung in Stuttgart wegen ihrer Haltung in der Lohnpolitik. Wünsche bei der Opposition können wir nur befürworten, wenn berechtigten Forderungen der Mitglieder Rechnung getragen wird, aber nicht, wenn in der Weise gegen die Opposition vorgegangen wird, wie das von der Stuttgarter Bezirksleitung und anderswo geschieht.

Der Redner geht näher auf die Streitigkeiten der Stuttgarter Verwaltungsstelle mit dem Vorstand ein, kritisiert insbesondere die Art der Rechtfertigung des Vorstandes und wirft dem Bezirksleiter unkollegiales Verhalten vor. Das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder sei nicht geschützt. Wir sind auf Grund unserer Auffassung von den wirtschaftlichen Verhältnissen Kommunisten. Mit der alten Taktik der Gewerkschaften ist nicht vorwärts zu kommen. (Zuruf: Wie weit seid ihr in Stuttgart gekommen?) Weil wir mit der Taktik in der Nachkriegszeit nicht einverstanden waren, deshalb behauptet man, wir seien es, die die Gewerkschaften spalten wollten. Obwohl gerade wir alles eingesetzt haben, um die Gewerkschaften hochzubringen. (Lebhafte Widerspruch bei der Mehrheit. Zustimmung bei den Kommunisten.) Wer das bestrittet, ist ein Fanatiker. Wir müssen der Diktatur der Bourgeoisie die Diktatur der Arbeiter entgegenstellen, damit

Wir der Gesamt- und des Kapital der Arbeit

wird. Wenn jeder so für die Geschlossenheit des Verbandes tätig wäre wie wir, dann wäre es gut mit dem Verband bestellt. (Lebhafte Beifall bei den Kommunisten.)

Mez (Frankfurt a M.): Der Verbandstag hat sich ruhig und nüchtern die Frage vorzulegen: Können wir den gewaltigen Druck, der auf der Masse des Proletariats lastet, ertragen? Können wir darüber hinaus die Waffen so scharf halten, daß wir zur gegebenen Zeit zum entscheidenden Schlag ausfallen können? Ich bejahe diese Fragen unter der Voraussetzung, daß wir willens sind, gemeinsame Arbeit zu leisten. (Sehr gut!)

Der DGB hat in den letzten zwanzig Jahren Fortschritte gemacht, deren wir uns nicht zu schämen brauchen. Einer aufreißenden Tätigkeit vieler Kollegen ist die beispiellose Entwicklung des Verbandes zu verdanken. Wir sind es den eifrigen Genossen, die schon vom tiefsten Raten geholt werden, schuldig, das, was sie uns als Vermächtnis hinterlassen haben, zu wahren, damit wir uns vor der Geschichte nicht zu schämen brauchen. (Lebhafte Beifall.) Wir haben Wein und Beiseiden angefangen, wir sind verachtet worden, später wurden wir geschickt, zuletzt gefürchtet. Fragen Sie sich einmal, ob das jetzt noch so ist und ob die Taktik, die dazu führte, daß uns der Gegner fürchteten, nicht die richtige war? (Sehr gut!) Wenn wir damals so weit gekommen sind, lag das zunächst daran, daß wir etwas sorgsam gepflegt, ebensowenig keine Organisation bestehen kann:

die Achtung vor den selbstgeschaffenen Gesetzen.

(Lebhafte Zustimmung.) Wir brauchen die straffe Disziplin im Tageskampf, nur dann ist es möglich, Erfolge zu erreichen, selbst wenn sie unter den gegebenen Verhältnissen nur bescheiden sein können. Solange man glaubt, die oberste Vorbedingung jedes Erfolges anger acht lassen zu können, werden wir keine wesentlichen

Erfolge herausziehen. (Sehr richtig!) Dazu ist der Gegner zu stark. Er hat es in der Zeit, wo wir gearbeitet haben, andere Arbeiten erledigen zu müssen, mühschaftig verstanden, seine Kräfte zu sammeln. Die vom Vorstand herausgegebene Broschüre über die Kongresse in der deutschen Eisenindustrie zeigt, welche Machtvolle sich da in den letzten Jahren zusammengeballt hat. Die Inhaber dieser Machtvolle werden darüber lachen, wenn wir uns Stundenlang über Resolutionen herumstreiten und nicht imstande sind, das herzustellen, was wir brauchen: die Einigkeit, Disziplin und Geschlossenheit. (Sehr wahr!)

Unser alter Kollege **Schilde** hat uns in seinem Abschiedsbrief als Vermächtnis hinterlassen, was ich Ihnen einbilden möchte mit aller Kraft und Leidenschaft: Ohne Disziplin, ohne Geschlossenheit — das ist keine Lebenserfahrung — gibt es keinen Erfolg. Und er hat weiter gesagt, daß er kein Freund von Resolutionen sei, wenn nicht die Macht vorhanden sei, sie durchzusetzen. Ich will niemand anklagen, aber es ist nicht immer das Reich der höchsten Klugheit und des größten Vertrauens eines Kongresses, wenn er glaubt, durch die Menge seiner Entschlüsse nach außen wirken zu können. Diese Zeiten sind vorbei. (Sehr gut!) Unser Verbandstag hat mitunter mehr einem Parteitag als einer gewerkschaftlichen Tagung geglichen. Das ist nicht gesund. Gemäß kann man die Politik nicht vollständig ausführen, aber die rein gewerkschaftlichen Aufgaben sind wirklich groß genug: Arbeitszeit, ausreichender Lohn, soziale Gesetzgebung, Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter, die Schulung unserer Funktionäre auch für die großen Probleme der Überleitung der privatrechtlichen Wirtschaft in eine sozialistische. Das sind rein gewerkschaftliche Aufgaben, die wir sehr vernachlässigt haben. Es ist verhältnismäßig leicht, die Staatsgewalt zu erobern und an Stelle der bisherigen Staatsform eine andere zu setzen, es ist aber unendlich schwer, den ganzen Wirtschaftsprozess zu übernehmen und ihn so zu verwalten. Lag wir den Nachweis erbringen, daß wir es besser machen können, als die bisherigen Inhaber der Wirtschaft. Wenn wir das nicht fertig bringen, ist es mit der zündenden Kraft der Idee des Sozialismus vorbei. (Sehr wahr!)

Verwaltungstellen haben, die vollständig von Kollegen der SPD besetzt sind. Dort können sie ihre Kraft mit dem Gegner messen. Die kommunistischen Kollegen, die jahrelang in diesen Verwaltungstellen unbeschäftigt arbeiten, sind mit ihrer Taktik!

Lein Jota weitergekommen als die verfluchten „reformistischen“ Verbandskongresse.

(Sehr gut!) Was wir brauchen, ist die ehrliche Zusammenarbeit aller Kräfte. Glaubt ihr, daß wir bei unseren Gegnern mehr Respekt haben werden, wenn täglich die eigene Organisation in Dreck gezogen, lächerlich gemacht wird? Also ich möchte Sie (zu den Kommunisten) bitten, Ihren ganzen Einfluß auf Ihre Kreise geltend zu machen, daß die Verabwürgung unterbleibt. Wir sollten endlich von diesem grauen Spiel ablassen. (Sehr wahr!) Nur planvolle, gemeinsame Arbeit kann uns zum Ziel führen. Wenn alle in meine, wir sollten nicht so spießbürgerlich sein, denn diese Methode des Herunterreißen liegt im Wesen des Klassenkampfes, so hat ihn, als er diesen Satz geprägt hat, der heilige Geist nicht schon vor Pflichten erleuchtet. (Heiterkeit.) Ein solcher Ton gehört nicht auf die Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes. Wenn wir auch arm sind, so können wir doch anständig bleiben. (Stürmischer Beifall.)

Unsere grundsätzliche Meinung geht dahin: Wir sollten erstens festhalten an unseren alten gewerkschaftlichen Grundwerten, die sich mit den Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus vereinbaren; zweitens sollte der Kongress aussprechen, daß die Übung wahrer Allegianz, wahrer Duldsamkeit und höchster Solidarität das Gebot für den letzten Genossen ist. Nur wenn wir die Disziplin, die Kameradschaftlichkeit, die Solidarität hochhalten, unsere Kräfte konzentrieren, dann werden wir gegen alle Schläge des Gegners. Ich schließe mit den Worten **Goethes**, die unser Leitstern sein sollen:

Feiger Gedanken bängliches Schwanken,
Weibisches Jagen, ängstliches Klagen
Wendet kein Kleid, macht dich nicht frei.
Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten,
Nimmer sich beugen, kräftig sich zeigen,
Rufet die Arme der Götter herbei.

(Stürmischer, minutenlang Beifall.)
Als dritter Fraktionärer der SPD-Fraktion erhält das Wort **Weber** (Solingen): Er stellt zunächst fest, daß sich nach dem bisherigen Verlauf der Debatte offenbar alle Teilnehmer des Kongresses darüber einig seien, daß die Grundlage jeder erfolgreichen Verbandstätigkeit die Herstellung der Einigkeit innerhalb der Organisation sei. Seine Freunde seien bereit zur Einigung auf dem Boden des Klassenkampfes, aber nicht auf dem Boden der Kriegspolitik, wie sie Schilde betrieben habe, auch nicht auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft und nicht auf dem Boden der Demokratie. Der Redner richtet scharfe Angriffe gegen die bisherige Politik der Gewerkschaften. Man werde von der Passivität der Massen, habe aber niemals die Massen wirklich zum Kampf aufgerufen, nicht einmal zum Kampf für die Erhaltung des Achtstundentages. Daß die Massen dafür zu kämpfen gewillt seien, beweise

Ihr wochenlanges Aushalten fast ohne Unterstützung

im Rheinland. Nach den vorliegenden Anträgen plane man offenbar ein Vorausschmeißen der oppositionellen Kollegen aus dem Verbande. Seine Freunde würden mit unermüdlicher Aufklärungsarbeit dafür sorgen, daß Tausende an die Stelle der Ausgeschlossenen kämen in dem unheimlichen Glauben an den revolutionären Willen des Proletariats. (Lebhafte Beifall bei der Opposition.)

Urich (Berlin) hält den Rednern der Opposition vor, daß auch sie keine praktischen Wege gezeigt hätten, um aus den Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage herauszukommen. Auch **Sider** habe keine neuen Vorschläge zur Änderung der Taktik gemacht. Sein Verhalten bei den Verhandlungen, die er im Auftrag des Vorstandes bei der Arbeiterbewegung führen mußte, habe gezeigt, daß er das Gebot der Opposition von der neuen Taktik nur leeres Gerede sei. Was haben Dröselmann, die Opladen, Sahl, Jena usw., die nicht mit Reformisten, sondern mit Kommunisten befaßt seien, an revolutionärem Kampf gegen die Unruhmänner geleistet? Sie haben sich genau so den Verhältnissen gefügt wie die sogenannten Vertreter. (Sehr richtig!) Gegenüber dem Vorwurf der Opposition, daß nichts für die Arbeitslosen geschehe, verweist der Redner darauf, daß gerade **Dizmann** im Reichstag mit aller Energie für die Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge eingetreten sei. Die Kollegen der Amsterdamer Richtung seien dem Vorstand für seine mannhaftige Haltung in der Ruhrfrage dankbar und sprächen ihm auch das Vertrauen aus in der Frage der Stellungnahme gegen die Arbeitsgemeinschaft für die Industrieorganisationen und zum Arbeitszeitgesetz. Wenn hier nicht mehr zu erreichen war, so liegt

die Schuld an der Zerissenheit der Arbeiterschaft

in den Verhältnissen und Organisation. Deshalb muß der Bruderzwist in den Gewerkschaften endlich beseitigt werden. Die Amsterdamer Richtung unterscheidet sich von der Moskauer dadurch, daß sie es streng ablehnt, daß die Gewerkschaften ihre Beziehungen von einer politischen Partei erhalten. Den ADGB, dessen Vertreter anerkannt habe, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband als größte Organisation ein gewichtiges Wort in den Entscheidungen der Gewerkschaften mitzusprechen habe, ersucht der Redner, den Beschlüssen des Metallarbeiter-Verbandes mehr Achtung entgegenzubringen, als das bisher geschehen ist. (Sehr gut!) Wenn in Flugblättern der Organisation fortgesetzt behauptet werde, daß die Gewerkschaften gelbe Politik betrieben, so läme dieser Vorwurf offenbar von Kollegen, die vor dem Kriege selbst im Lager der Gelben gestanden hätten. (Lebhafte Zustimmung.) (Fortsetzung folgt.)

Die Rechte der Arbeiter sind in Gefahr



Stärkt Eure Organisation: den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Ich kann nur den Wünschen des Kollegen **Kummetz** zustimmen, daß die Metallarbeiter-Zeitung recht bald wieder im früheren Umfang zu erscheinen hat. Wir müssen dafür sorgen, daß unsere Leute mehr Qualitätsarbeit geleistet wird, müssen Wert darauf legen, daß diese unsere Waffe scharf gehalten wird. Sie wissen, wie mühsam es für uns ist, uns in die komplizierten Wirtschaftsverhältnisse hineinzubringen. Wir dürfen nicht die Gewerkschaften für den Mangel unserer wirtschaftlichen Bildung verantwortlich machen. Wer sich einmal mit dieser Vielgestaltigkeit des technischen und wirtschaftlichen Apparates beschäftigt, der wird, je tiefer er sich hineinwühlt, desto bescheidener mit seinen Ansprüchen werden. Allen denen, die die Schwächen der Volkshochbildung empfinden, wollen wir zurufen:

Nicht alles, was du lernen kannst,
Vermag ein anderer dich zu lehren.
Nur was du mühsam selbst gewinnst
Ist dein und wird dein Diebstahl mehren.

Schumann sagte, daß auch **Dizmann** keinen Ausweg aus dem Elend gezeigt hat. Ich habe nun bei den Ausführungen des Kollegen **Schumann** auf das erlösende Wort gewartet, ob denn er uns das Universalmittel nennen kann, das uns aus den Niederungen des Elends hinauszuführen vermag. (Sehr gut!) Ich weiß, es fällt euch (Kommunisten) genau so schwer wie uns, das Richtige zu treffen, aber ich lehne es ab, Besprechungen zu machen, von denen ich innerlich überzeugt bin, daß sie in den nächsten Monaten oder gar Jahren nicht erfüllt werden können. (Lebhafte Bravo.) Im DGB hat jedes Mitglied das Recht und die Pflicht, seine geistigen Fähigkeiten zum Wohle der Gesamtheit zu verwenden. Wenn irgend jemand den Weg weisen kann, der schneller die Befreiung des Proletariats herbeiführt, dann heraus mit der Sprache! Ich bin für bestimmte Angaben von Herzen dankbar. (Zuruf von der Mehrheit: Generalstreik! — Heiterkeit.) Wenn Sie glauben, daß die Methoden, die bisher im DGB angewandt wurden, schuld daran sind, daß wir im Befreiungskampf nicht vorwärts kommen, so verweise ich darauf, daß wir auch

nicht die geringsten Schwierigkeiten. Für den Antrieb der unter den Stegen in Kugellagern laufenden Räder ist ein besonderes, einfaches elektrisches System erdacht worden. Ohne Zweifel besitzt der rollende Bürgersteig viele klar zutage tretende Vorteile. Sein Fassungsvermögen ist infolge des ununterbrochenen Betriebes sehr groß, und wenn auch seine Geschwindigkeit geringer ist als die fahrplanmäßige Geschwindigkeit der Untergrundbahnen, so ist doch zu berücksichtigen, daß der Untergrundfahrweg auf seinen Zug warten muß, während er bei dem neuen Verkehrsmittel jederzeit aufsteigen kann, und daß ferner die Wartezeit auf der Untergrundbahn im Winter halb so groß ist wie die Zeit zwischen der Abfahrt zweier aufeinanderfolgender Züge. Ein weiterer und sicherlich nicht der geringste der vielen Vorzüge besteht darin, daß der Fahrgast an jeder Stelle aufsteigen und an jeder gewünschten Station aussteigen oder an jedem Hause ohne weiteres absteigen kann; dazu kommt noch eine beträchtliche Ersparnis an elektrischer Kraft, denn es ist bekannt, daß der größte Teil der für den Betrieb der Untergrundbahnen aufgewendeten elektrischen Kraft zu dem häufigen Anfahren und Abbremsen und nicht zum Vorwärtsbewegen aufgewendet wird. Bei der fahrenden Plattform gibt es kein Anfahren und kein Abstoppen.

Ein **Stroma** bringt neuesten einen für **Rollbahnen** geeigneten **Schwerölvergaser** heraus, mit dem bemerkenswerte Betriebsenergieerträge erzielt werden. Die halb unerschwinglich werdenden Preise für Leuchtöle, wie Benzin und Benzol, drängen dazu, auch die sogenannten Schweröle, wie Schmelz, Schmelzbenzol, Mischungen von Terälen mit Benzol oder Latriin, für den Betrieb der Automotoren heranzuziehen, da sich diese Brennstoffe billiger stellen und im übrigen im Zustand erregt werden. Versuche, solche Schweröle unter Verwendung eines besonderen Vergasers zu verwenden, haben nicht immer ganz befriedigt; hauptsächlich stellen sich im Betrieb Zündungsstörungen ein und des weiteren zeigte sich eine starke Zerschlagung der Maschine. Ein besonderer Vorzug des neuen Vergasers ist nun seine unbedingte Betriebssicherheit und eine von der Firma garantierte Brennstoffkostenersparnis von 30 v. H. Die mit dem Apparat bei sämtlichen Last-, Noth- und Zugmaschinen sowie bei anderen angefertigten Versuche ergaben zuweilen bis über 40 v. H. Brennstoffkostenersparnis gegenüber der Verwendung von Heizöl. Eine andere automobiltchnische Neugier ist der von einer bekannten

Uhrenfabrik hergestellte **Autograph**, der selbsttätig alles aufzeichnet, was für den Autofahrer von Interesse ist; er registriert die Abfahrt und Heimkehr, die Überstunden, die Schnelligkeit und Dauer einer jeden Fahrt, ferner die Zeit und Dauer jeder Rückwärtsbewegung des Wagens, jedes Stillstandes sowie die Gesamtstreckenergebnisse. Die Aufzeichnungen des Autographen stellen schon wiederholt in gerichtlichen Prozessen ein wichtiges Beweismittel dar, das den Wagenführer vor unberechtigten Vorwürfen und Strafen schützt.

Die in den Kartenschränken der Fahrkartenausgabestelle enthaltenen Fahrkarten besitzen heute einen bedeutenden Geldwert. Die Kartenschränke sind daher Geldschränke von großem Ausmaß geworden. Sie haben aber den Nachteil gegenüber den Kassen, daß sie vielen Händen zugänglich sein müssen und bei der Art ihrer Anwendung weber diebstahls- und feuersicher sein können. Dazu kommt noch, daß die Beschaffung und Verwahrung vorrätig gehaltener Fahrkarten zeitaufwendend und daher kostspielig ist. Dies führte dazu, die Fahrkarte in der Fahrkartenausgabestelle selbst erst im Augenblick der Anforderung zu drucken. Die von einer bekannten Großfirma hergestellten **Schalterfahrkartendrucker** stellen ein wahres Wunderwerk der Mechanik dar. Sie besitzen im wesentlichen aus einem Druckwerk, einem Behälter für Fahrkartenscheine, einer Kartenzubringeinrichtung, einem Registrier- und Additionswert und einem Getriebe. Der Druck der Fahrkarte erfolgt durch Druckplatten, die die Bezeichnung der Zugart, die Stationen nebst Wegweiser sowie die Klassen- und Kilometerangaben enthalten. Der Abdruck dieser Platten wird in der Maschine ergänzt durch die Abgangskarte, den Tagesstempel, ein Geheimzeichen, den Preisdruck und den Aufdruck einer laufenden Nummer. Soll eine Karte gedruckt werden, so fährt der Schalterbeamte die entsprechende Druckplatte (Galvano) in den Druckwand der Maschine ein. Nach dem Einführen der Druckplatte wird die Maschine gehuppelt und der Druckvorgang ausgeführt, worauf die fertige Karte in die Ausgabeabteilung des Apparates fällt. Der Fahrkartendrucker arbeitet also selbsttätig; er wählt mit seinem Schachtsystem an der Druckplatte die Fahrkarte aus, verfährt nach dem Drucken der Fahrkarte auf dem Kontrollstreifen die Veranschaulichung der Karte, stellt mit seinen Preisplättchen den Preis ein, druckt die Fahrkarte in drei Farben und addiert den eingestellten Betrag zu der jeweiligen Gesamtsumme.

Das soziale Programm der englischen Arbeiterregierung

Die Hauptlinien der auswärtigen Politik der englischen Arbeiterregierung sind bekannt; es sind: die Anerkennung Rußlands, die Entwertung in Mitteleuropa durch Verständigung mit Frankreich in der Reparationsfrage, die internationale Einschränkung der Rüstungen, der Ausbau des Völkerbundes. Die Bemühungen der Arbeiterregierung können sich daher in erster Linie auf die Außenpolitik richten; wären sie von Erfolg begleitet, so würde die Arbeiterregierung der gesamten Bevölkerung Europas einen unermeßlichen Dienst leisten. In der inneren Politik, ganz besonders auf dem Gebiet der Sozialpolitik, sind die Grenzen der Minderheitsregierung ziemlich eng gezogen. Es kann sich nur um eine behutvolle soziale Reformpolitik handeln, die von Ramsay MacDonald in seiner Programmrede mit großer Ausführlichkeit und Ehrlichkeit entwickelt wurde.

Die Arbeiterregierung soll folgende soziale Probleme behandeln: die Probleme des Wohnungsbaues, der Arbeitslosigkeit, des Steuerwesens und der Landwirtschaft.

In Bezug auf die Erleichterung von Wohnhäusern hat der Minister für Volkswohlfahrt den Ertrag, den von jährlich 200000 Wohnungen vorzubereiten. Diese Aufgabe, die gleichzeitig nicht nur zur Befriedigung der Wohnungsnot, sondern auch zur Lösung der Arbeitslosenfrage beitragen soll, wird eine Anzahl wichtiger Probleme auf, die auch MacDonald in seiner Rede behandelte. Abgesehen von der Beschaffung der notwendigen Bauplätze, kommt es auf die billigen Herstellungskosten der Wohnhäuser und auf das Vorhandensein der notwendigen Arbeitskräfte an. Die Arbeiterwohnhäuser sollen durchschnittlich nicht mehr als 600 Pfund Sterling (9 bis 10000 Goldmark) kosten; der Mietzins samt Steuer soll nicht über 9 Schilling die Woche betragen, damit die Wohnungen ihren Zweck, Arbeiterfamilien ein Heim zu verschaffen, erfüllen können. Hierzu müssen aber die Preise der Baumaterialien, die von mächtigen Trusts bestimmt werden, beträchtlich gesenkt werden. Der Wohlfahrtsminister hat den Trusts für den Fall, daß diese ihre wucherische Preispolitik nicht ändern, bereits den Kampf angekündigt. Ebenso schwierig ist aber die Lösung der Arbeiterfrage. Im Lande gibt es gegenwärtig um die Hälfte weniger Bauarbeiter als vor dem Kriege. Während des Krieges sind die Bauarbeiter in andere Industriezweige, in die Schwerindustrie abgewandert. Das Baugewerbe braucht Facharbeiter, die gewandte Maurerarbeit erfordert langjährige Übung. Außerdem aber fühlen sich die Bauarbeiter mit Recht dadurch bedroht, daß die Bauindustrie mit einer Arbeiterschaft überhäuft wird, die halb wieder beschäftigungslos und durch ihr Vorhandensein als Reservearmee auf die Löhne drücken kann. MacDonald hat diese Befürchtung als sehr berechtigt anerkannt und schlägt daher vor, daß den Bauarbeitern eine staatliche Garantie für ihre Beschäftigung während mehrerer Jahre und außerdem auch noch eine Lohngarantie geboten werden soll. Eine garantierte Beschäftigung und ein gesicherter Minimallohn, wie MacDonald vorschlägt, würde aber, wenn verwirklicht, eine sehr wichtige Neuerung in der Industrie darstellen.

In Bezug auf die Behebung der Arbeitslosigkeit gehen die übrigen Anregungen der Arbeiterregierung nicht weit. MacDonald hat die Kapitalisten beruhigt, daß die zur Fortführung der Produktion notwendige Kapitalakkumulation durch Entziehung großer Kapitalien für Arbeitslosenunterstützung nicht geschmälert werden wird. Seine Erklärung hatte sicherlich den Sinn, der Kapitalmarkt einen Damm entgegenzusetzen. Der Wohlfahrtsminister hat die Maßnahmen der sozialistischen Gemeinde Poplar, die an die Arbeitslosen und den kurzarbeitenden viel höhere Beiträge als die staatliche Arbeitslosenunterstützung verteilte und deshalb von der früheren Regierung zur Verantwortung gezogen wurde, gutgeheißen. Dieser Vorfall führte beim Sturz der Arbeiterregierung, weshalb MacDonald durch die oben erwähnten Anregungen den Rückzug antreten mußte. Zur Behebung der Arbeitslosigkeit ist die Schaffung neuer Absatzmärkte beim die Neugewinnung der alten notwendig. Neben der energischen Außenpolitik und der Wohnungsbaupolitik hat die Arbeiterregierung keine anderen Mittel angegeben, als sie bisher üblich waren, wie Exportsubventionen. Die Arbeitslosen sollen erhöhte Unterhaltungen erhalten. Eine Kommission von sachkundigen Leuten soll mit wissenschaftlichen Methoden die Steuern ausfindig machen, welche, wie gewisse Luxussteuern, die Produktion nicht belasten. Diese Kommission soll auch das Problem der Staatsschulden, die dem Staat eine riesige Last, den Steuerzahlern aber produktionsverderbende Steuerleistungen auferlegen, ins Auge fassen und Vorschläge unterbreiten. Im Wahlprogramm der Arbeiterpartei war hierfür eine Vermögensabgabe vorgesehen.

Für die Behebung der Krise in der Landwirtschaft schlägt MacDonald den Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens nach dem Muster Dänemarks für gemeinsamen Einkauf der Maschinen, Düngemittel usw. und zur gemeinsamen Verwertung der Produkte als unerlässliche Vorbedingung der Sanierung der Landwirtschaft vor.

Es sei noch auf die Ratifizierung der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag, die vom Arbeitsminister Tom Shaw ins Auge gefaßt wurde, hingewiesen. (England hat sich dieser internationalen Vereinbarung bisher noch nicht angeschlossen.) Er möchte eine internationale Arbeitslosenunterstützung einbringen, um auch die übrigen Staaten zur Ratifizierung dieser Konvention zu veranlassen. Nur so können die Produktionsverhältnisse der einzelnen Länder in Einklang miteinander gebracht und „soziale Schranken“ zum Ausgleich der längeren Arbeitszeit vermieden werden.

Die Probleme der industriellen Selbstverwaltung, Silbersozialismus, Sozialisierung der Naturkräfte und der Verkehrsmittel, sind von der Arbeiterregierung nicht angegriffen worden. Dies wird erst dann möglich sein, wenn die Arbeiterregierung, die sich jetzt nur auf eine parlamentarische Minderheit stützen kann und auf die Hilfe der bürgerlichen Parteien angewiesen ist, einmal die ganze Staatsmacht besäße.

Leichte Besserung des Geschäftsganges

Die Besserung der Arbeitsmarktlage zeigt sich zwar sehr langsam, aber doch stetig. Die Erholung des Geschäftsganges kann in einer Reihe wichtiger Gewerbezweige natürlich in der letzten Jahreszeit nicht so rasch in einer Besserung der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kommen, da während der Herbst- und Wintermonate der Tätigkeit im Freien vermindert. Außerdem kommt die Besserung in erster Linie den Parazarbeitern zugute, und erst wenn diese wieder einigemmaßen normal beschäftigt sind, kann sich die Zahl der Beschäftigten in gewerblichen Betrieben erhöhen. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten ist die Zahl der unterhaltenen Erwerbslosen (Hausunterstützungsempfänger) im nächsten Jahre des Krieges in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Februar 1924 erheblich etwas zurückgegangen, und zwar von 1.611.361 auf 1.422.263, das heißt um 8 u. 9. Eine weitere Rückgang erwarten die statistischen Dienststellen, die sich von 643.263 am 1. Januar auf 409.912 bis zum 1. Februar verringern, also um 37 u. 6. schätzen.

Für die Schmachtheit der Arbeiter bildet der in der Französischen Republik zwischen Argien und Frankreich eingeleitete Kampf des Gegenstands erhebliche Schwierigkeiten. Die Eingeleitete dieses Kampfes hat bereits zur Gewisse geführt werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Frage es jetzt darauf ankommt, ob es besser ist, wenn ein solches Hindernis beseitigt zu Gunsten der Arbeiter, die in der Beschäftigung nicht verwirklichen können. Dagegen kann man aber den Franzosen den Versuch nicht empfehlen, daß sie überhaupt bei ihrer Politik die Seite der Beschäftigten schon seit langer Zeit nicht in dem Maße berücksichtigen haben, wie es notwendig gewesen wäre. Selbst wenn man berücksichtigt, welche schweren Schäden der Handelskrieg durch die Geldentwertung verursacht hat, so muß man doch anerkennen, daß die französische und baskische Seite der ganzen Geschäftslage der letzten Jahre den entscheidenden Einfluß der Beschäftigung ganz beträchtlich vermindert hat. Die Verhandlung der Lausanne ist zu unfruchtbar und kostspielig. Sie ver-

schlingt leider einen viel zu großen Teil der zur Verfügung stehenden Mittel. Infolgedessen hat man die Leistungen, besonders bei der Beschaffung von Medikamenten, Materialien und dergleichen in einer auf die Dauer ganz unerträglich Weise beschränkt. Den Schaden tragen die Beschäftigten. Auch die Inanspruchnahme der Versicherung ist durch früher nie gekannte Bürokratismen so erschwert, daß der Nutzen der ganzen Krankenversicherungseinsparung in Frage gestellt wird. Die Krankenkassen müssen um ihrer selbst willen die zahlreichen Beschwerden, die gegen sie vorgebracht werden, eingehend prüfen und aus dem jetzigen Streit mit den Ärzten die Lehre ziehen, daß eine Umwandlung der gesamten Krankenversicherung, insbesondere ihrer Geschäftsführung bringend notwendig ist, wenn sie überhaupt einen Wert für die breiten Volksschichten haben soll. Es wäre töricht, wenn man sich dieser Erkenntnis verschließen wollte. Das würde nur die Gründe bereinigen, die gegen die Kranken- und Sozialversicherung mit aller Gewalt Sturm laufen.

Zum Kampf im Ruhrgebiet

Bei dem durch den französischen Einmarsch ins Ruhrgebiet ausgelösten passiven Widerstand halten Unternehmer und Arbeiter vereinbart — ein Ausbleiben gegeneinander durch die Franzosen zu verhindern —, daß keiner von beiden ohne vorherige gegenseitige Verständigung sich auf irgendwelche Verhandlungen mit den Franzosen einlassen dürfe. Diese Vereinbarung war auch nach dem Zusammenbruch des passiven Widerstandes erneuert worden. Weil nun die Arbeitervertreter so ehrlich waren, diese Vereinbarung getreulich zu halten, gingen Sines und seine Freunde im Oktober v. J. zum französischen Oberbefehlshaber Degoutte, um diesen zu bewegen, den Achtstundentag durch einen Federstreik zu befeitigen... Degoutte weigerte sich befallmlich, diesem Verlangen zu entsprechen, mit dem Hinweis, daß dies eine innerdeutsche Angelegenheit sei, in die er sich nicht einmischen habe.

Da nun die Industriellen des Ruhrgebiets auf diesem mehr wie eigenartigen Wege nicht zum Ziele gelangten, erfolgte kurz darauf das bekannte Diktat von Lunau. Dieses Diktat war nichts als das Bestreben der Besatzmächte, unter Außerachtlassung der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen die Arbeitszeit der Bergleute zu verlängern. Der Versuch schlug allerdings fehl, auf der andern Seite aber zogen die Gewerkschaften den einzig richtigen Schluß, daß es den Unternehmern gar nicht darauf ankomme, die Umgestaltung des Arbeitsvertrages im Wege der Verständigung mit den Gewerkschaften durchzuführen. Diese Schlußfolgerung ist durch die Vorgänge der letzten Zeit durchaus als richtig anzusehen, denn die Unternehmer versuchen mit allen Mitteln, ihren vorkriegszeitlichen Herrn-im-Saule-Standpunkt wieder zur Geltung zu bringen. Diesem Bestreben wird noch Unterstützung zuteil durch das eigenartige Verhalten des Reichsarbeitsministeriums.

Die Vergrößerung der Industriellen, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne abzubauen, ist sehr einfach. Die Selbstkosten der Werke müßten auf Grund der Ricard-Verträge 30 bis 40 u. S. herabgemindert werden, um die Werke wettbewerbsfähig zu machen. Aus diesen Gründen müßten die Arbeiter länger arbeiten und weniger verdienen.

Es soll durchaus nicht verkannt werden, daß die Industrie des Ruhrgebiets durch die Ricard-Verträge eine starke Belastung erfährt. Aber diese Belastung wäre vermutlich nicht eingetreten, wenn die Industrie nicht planmäßig die Reparationsleistungen in der Zeit des Kabinetts Wirth abgeliefert hätte. Jetzt, nachdem die Franzosen durch Zwangsmaßnahmen behebend mehr verlangen und erhalten werden, soll die Arbeiterchaft wieder der Padel sei, dem die Lasten aufzubürden sind...

Daß sich die Arbeiterchaft mit Recht gegen eine derartige Belastung wehrt, ist leicht verständlich. Wenn auch die Arbeiter, gezwungen durch Hunger, schließlich unterliegen, so werden die Unternehmer doch an ihrem Siege keine Freude haben. Wenn die Durchführung der Unternehmermaßnahmen wird in der Arbeiterchaft eine Erbitterung zurücklassen, die der sozialen Entwicklung alles andere als förderlich sein wird.

Es kann nicht bestritten werden, daß Teile der Arbeiterchaft den Unternehmern direkt in die Hände gearbeitet haben. Ohne jede gewerkschaftliche Disziplin, ohne Inerhaltung der gewerkschaftlichen Regeln wurden Kämpfe eingeleitet und — verloren! Des weiteren wurde, entgegen den gewerkschaftlichen Anweisungen, manchmal nicht das geleistet, was, um den Achtstundentag zu erhalten, erforderlich gewesen wäre, wobei allerdings nicht vergessen werden darf, daß die Arbeiterchaft durch jahrelange Unterernährung vielfach nicht in der Lage war, körperlich das herzugeben, was zu einer Mehrleistung vonnöten ist. Auch die Unternehmer haben ein gerüttelt Maß von Schuld daran, daß seit Mehrleistung das Gegenteil eintrat, einestseits durch zu lange Bezahlung der Arbeiter, andererseits durch allerhand Unterlassungsständen hinsichtlich technischer Verbesserungen ihrer Betriebe.

Die Art des Vorgehens der Industriellen ist eine rückwärtschreitende Annäherung der für die Arbeitnehmer äußerst ungünstigen wirtschaftlichen Lage mit dem Endziel: Zurückumkehrung der Gewerkschaften, Befreiung der sozialen Erzeugnisse, einseitige Befreiung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Es ist das gute Recht eines jeden Kollegen, Kritik zu üben. Aber Kritik über heißt nicht würgen, sondern bessere Wege weisen! Kritisiert, Kollegen, merkt das Schlechte an, aber heißt nicht selbst mit, die Gewerkschaften zu zerlegen; sonst sagt ihr den Akt ab, auf dem ihr seid. Halte! trenn! zur gewerkschaftlichen Organisation, besetzt nur deren Anweisungen und lehnt jede Aufsichtung energisch ab. Nur so seid ihr imstande, die Pläne eurer Gegner zu durchkreuzen und Niederlagen zu vermeiden.

Mehrer Frauen sind Gewerkschaftsmitglieder?

Am Ende des Jahres 1922 war der größte Prozentanteil der Frauen bei den österreichischen und deutschen freien Gewerkschaften zu verzeichnen: 22,2 u. S. bzw. 21,8 u. S. Noch größer aber stellt sich die Teilnahme der Frauen dar, wenn man die (freien) deutschen Angestellten-Gewerkschaften betrachtet: 26,4 u. S. aller Mitglieder sind Frauen. In Dänemark und der Schweiz beträgt der Frauenanteil je 16 u. S., in der Tschechoslowakei 14,2 u. S., in England und Italien (es liegen Ziffern des Vorjahres vor) je 12,4 u. S., in Frankreich, Polen und Ungarn je 10,4 u. S., in Belgien, Schweden und Dänemark je 8,4 u. S., in Holland 5,2 u. S. Nimmt man die absoluten Ziffern der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder, so steht wiederum Tschechien (mit 1.700.666 organisierten Arbeiterinnen und 176.220 Angestellten) an erster Stelle. Ihn folgt England (832.000 im Jahre 1921) und Österreich (232.700). Alle übrigen Länder haben weniger als 200.000 gewerkschaftlich organisierte Frauen.

Der siegreiche Achtstundentag

Radem der Stimm auf den Achtstundentag international auf der ganzen Erde eingesetzt hatte, wies die kleine Schweiz auch ihre Seite der Achtstundentag an. Es wurde versucht, mit Selbstbestimmungen den Achtstundentag abzuweisen. Das ist misslungen, da die Schweiz ein wirklich demokratisch regiertes Land ist. Dem großen Widerstand muß der Verfassung dem freien Schweizer Volk zur Urabstimmung unterbreitet werden. Die Abstimmung hat nunmehr stattgefunden und mit einem großen Sieg des arbeitenden Volkes geendet. Abgestimmt war über ein Gesetz, das die Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 54 Stunden verbot. In der Abstimmung beteiligten sich 745.000, das sind 78 u. S. der Stimmberechtigten. Für das Gesetz auf Verlängerung der Arbeitszeit stimmten 314.000 und dagegen 431.000 Schweizer Bürger, so daß eine Mehrheit vorhanden war. Dieser Selbstbescheid zeigt eine Kritik des Schweizer Parlamentarismus, vor dem sich die gewerbliche Arbeiterchaft verhalten muß. Es muß aber uns auch ein Vorbild sein, in dem Schweiz so verfahren. Für diesen Kampf müssen wir unsere Kräfte konzentriert sammeln und bündeln.

Die Reallohn in der ungarischen Industrie

Eine ungarische Wirtschaftszeitung „Közgazdasági Figyelő“ rechnet die Reallohn der ungarischen Industriearbeiter in den verschiedenen Industriezweigen und für die verschiedenen Arbeiterkategorien für Ende November 1923 im Vergleich zum Friedensstand. In Bezug auf letzteren sind es nur die Tagelöhner, deren Reallohn dem Kriegszustand gleich sind. Sämtliche anderen Kategorien, selbst die vor dem Krieg am schlechtesten bezahlten weiblichen und jugendlichen Arbeiter, haben jetzt geringere Reallohn als damals. Die Durchschnittsziffern für die Reallohn in den verschiedenen Kategorien sind: Beschäftigte 80 u. S., Facharbeiter 80 u. S., jugendliche Arbeiter 82 u. S., angelernte Arbeiter 90 u. S., weibliche Arbeiter 95 u. S., Tagelöhner 103 u. S. Bei den einzelnen Industriezweigen sind die Vergleiche am besten entworfen; ihre Reallohn sind gegenüber 1914 um 30 u. S. gestiegen. Höher sind Reallohn, wenn auch in geringerem Maße, in der Mühlen-, der Bau- und chemischen Industrie. Im wichtigsten Industriezweig Ungarns, in der Metall- und Maschinenindustrie, beträgt der Reallohn durchschnittlich 70 u. S. des Vorkriegsreallohn. Besonders schlechte Reallohn gibt es in der Brauereindustrie (57 u. S. des Vorkriegsreallohn), Buchbinder (62 u. S.), Buchdrucker (64 u. S.), Steinarbeiter (64 u. S.). In der Textil- und Holzindustrie betrug der Reallohn 88 u. S., in der Schuhindustrie 96 u. S. Die mittelsten Ziffern haben wir ohne Gewähr für ihre Richtigkeit übernommen, für eine allgemeine Orientierung dürften sie immerhin geeignet sein.

Warnung vor Arbeitsannahme in Rumänien

Wiederholt haben wir vor Arbeitsannahme in Rumänien gewarnt. Leider mit wenig Erfolg. Jetzt geht uns wieder ein Klagebrief von Gold- und Silberarbeitern zu, die von einer Schmuckwarenfabrik in Campina betrogen worden sind. Die ihnen gemachten Versprechungen bezüglich des Lohnes wurden nicht gehalten, der Lebensunterhalt ist viel teurer, als ihnen vorgepiegelt. Nun, wo sie der Siele enttinnen wollen, fehlt es ihnen an Geld, von der rumänischen Polizei werden sie bedroht, ja sie hängen um ihr Leben. Ein Meister dieser Fabrik soll jetzt in Deutschland auf der Suche nach frischen Ausbeutungsobjekten sein. Wir können nichts tun, als einmal mehr vor Arbeitsannahme in Rumänien warnen. Wären unsere früheren Warnungen beachtet worden, gar manchen Kollegen wäre schweres Verzeleid erspart geblieben.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphische Adresse: Metallvorstand Stuttgart
Mit Sonntag den 9. März ist der 11. Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 15. März 1924 fällig.

Die Konstituierung des Vorstandes

erfolgte in der Vorstandssitzung vom 25. Februar 1924. Der Vorstand besteht nach § 25 Abs. 1 des Verbandsstatuts aus 4 Vorstehenden, 2 Kassierern, 6 Sekretären und 11 unbesoldeten Beisitzern. Es sind dies:

- Vorsteher:**
Robert Dijkman, Dreher,
Georg Reichel, Klempner,
Alwin Brandes, Schlosser,
Wilhelm Eggert, Schlosser.

- Kassierer:**
Theodor Berner, Fellenhauer,
Ernst Schäfer, Dreher.

- Sekretäre:**
Otto Hande, Dreher,
Georg Schlicht, Schlosser,
Alfons Buse, Schlosser,
Otto Löff, Dreher,
Carl Scholl, Graveur.

- Beisitzer:**
Josef Kopp, Dreher,
Johann Schwengle, Mechaniker,
Johann Oswald, Schlosser,
Eugen Klobbächer, Mechaniker,
Eugen Saiger, Mechaniker,
Emil Wendler, Dreher,
Friedrich Großmann, Metallbrüder,
Matthias Stetter, Glasbläser,
Robert Raier, Former,
Georg Kurr, Mechaniker,
Carl Jaisle, Maschinenarbeiter.

Gemäß § 25 Abs. 3 des Verbandsstatuts gilt diese Besetzung als Legitimation des Vorstandes.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Bemerkung zur Beitrags-erhöhung
	I	II	III	IV	
München	10	10	10	5	8. Woche
Berlin	15	10	5	5	8.
Wuppertal	10	10	5	5	8.
Köln	5	5	—	—	8.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Anforderung zur Rechtfertigung

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Barmann, dessen Briefchen der Aufgeforderten bekannt sind, wollen diese an den Vorstand melden.

Auf Antrag der Verwaltungsteilnehmer

Der Schlosser Hermann Siegenbrud, geb. am 17. Mai 1893 in Offen, Mitgliedsbuch Nr. 498888, wegen Schädigung der Verbandsinteressen und Unterschlagung.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! Zugang ist fernzuhalten:

von Drahtziehern nach Wald bei M. Glöckner (H. Köhler) D.; von Feilenarbeitern nach Schleifern nach Halle a. S. (Kunnenborfer Maschinen- und Feilenfabrik) Str.; nach Wilhelmshafen (Wilhelmshavener Feilen- und Werkzeugfabrik) D.; von Bräueren, Schmiedeschloßern und Schlosserwerkstätten nach Wschaffenburg (Heinrich Kahl) D.; von Mechanikern und Schlossern nach Budapest (Herd. 688) D.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Ostlingen/Leck (Friedrich Krichenauer & Co.) A.; nach Gausling (F. Baum) A.; Grunmachernfabrik D.; nach Wiesmoor i. Hannover A.; Eisen-, Drahtwerk und Werkzeugfabrik D.

2. = Rohabemegung; 3. = Differenzen; 4. = Streit in Stoff; 5. = Streit; 6. = Abrechnung; 7. = Mißstände; 8. = Auslieferung; 9. = Besondere Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der besagte Ort nicht in der Zeitung genannt ist, Erhebung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzufahren. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zugest. angeht, zum Nachweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Druck und Verlag von Alexander Schilde & Co., Stuttgart, Röntgenstraße 10b.